



EAK
EVANGELISCHE ARBEITSGEMEINSCHAFT
FÜR KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG
UND FRIEDEN

PROTESTANT ASSOCIATION
FOR CONSCIENTIOUS OBJECTION AND PEACE



Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V.
Action Committee Service for Peace - Comité d'Action Service pour la Paix

PRESSEMITTEILUNG

Corona-Pandemie: Chance zur Umkehr in der Friedens- und Umweltpolitik

Die Corona-Pandemie könnte nach Ansicht von Friedensgruppen und Umweltinitiativen auch eine Chance sein zu einer Umkehr hin zu einer nachhaltigen Umwelt-, Wirtschafts- und Friedenspolitik, die die menschliche Sicherheit in den Mittelpunkt stellt und geprägt ist von einer Ethik, einer Ökonomie und einem Lebensstil des Genug.

„Jetzt Mut zeigen, Umbrüche wagen, den Schutz des Lebens in den Mittelpunkt der Politik stellen“, das ist nach Ansicht von Detlev Besier (Kaiserslautern) nun angesagt. Die Gesellschaft habe gezeigt, dass sie weitreichende Maßnahmen mitträgt, obwohl die Gesundheitsgefahr für den Einzelnen durch Corona abstrakt sei, ist der Pfarrer für Frieden und Umwelt der Evangelischen Kirche der Pfalz überzeugt. „Jetzt mit Mut weitreichende Maßnahmen für Frieden und die Bewahrung unserer Lebensgrundlagen auf den Weg bringen, das wäre wichtig“, so Besier, der auch Vorsitzender der Friedensinitiative Westpfalz ist und dem Vorstand der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für KDV und Frieden (EAK) angehört.

Einen Anlass zum Wechsel sieht auch Markus Pflüger von der Arbeitsgemeinschaft Frieden (AGF) Trier. „Statt im Schatten der Pandemie Rüstungsexporte weiter zuzulassen, ja sogar auszudehnen, und neue Atombomber sowie bewaffnete Drohnen zu planen, wäre jetzt die Chance, umzukehren“, ist er überzeugt. Die AGF Trier ist Mitglied der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF).

Konkret würde das seiner Ansicht nach bedeuten, dass die Bundesregierung die geplante weitere Aufrüstung der Bundeswehr stoppe und überdenke, was wirklich der Sicherheit und dem Wohl der Menschen diene. „Die Milliarden für neue Kampfflugzeuge für dann aus Sicht einiger US-Militärs sogar führbare Atomkriege könnten sinnvoller in Klimaschutz und Konfliktprävention investiert werden. Gerade jetzt wäre es zudem ein wichtiges Signal der Völkerverständigung und Solidarität, wenn Deutschland den UN-Atomwaffenverbotsvertrag endlich unterzeichnet, damit die Atomwaffen aus dem Land abgezogen werden, statt die äußerst fragwürdige nukleare Teilhabe zu erneuern“, macht Markus Pflüger klar.

Die Corona-Krise zeige aber auch wie ein Brennglas die Probleme einer entgrenzten Wirtschaft, ist Detlev Besier überzeugt. „Vor allem die Schwächsten, ob Obdachlose, Geflüchtete oder Menschen in prekären Lebensverhältnissen hier oder Kriegsoffer im Jemen oder Arbeiterinnen im globalen Süden, werden in ihrer Existenz bedroht“, macht er deutlich. Die negativen Auswirkungen der Konsumwirtschaft würden deutlich zu Tage treten, „aber nicht in den überschaubaren Grenzen der Verursachenden, sondern in Flüchtlingslagern, indem Meere zu Müllhalden werden, in den zerstörerischen Orkanen über Südostasien oder untergehenden Inseln vor Australien“, so der Theologe. Und so zeige die Pandemie, dass es alle weltweit betrifft.

Darum sei es nun wichtig, dass nun Hilfen für die Wirtschaft daran geknüpft würden, ob die staatlich gestützte wirtschaftliche Tätigkeit auch dem Schutz des Lebens diene, und auch der Würde des Menschen, macht Detlev Besier deutlich. „Und das nicht nur bei uns in Deutschland und in Mitteleuropa, sondern auch in den verletzlichen Regionen der Erde“, so der Pfarrer. Wirtschaftszweige wie die Luftfahrt- oder Automobilindustrie, die mit dazu beitragen, dass sich das Weltklima verschlechtere, jetzt mit Steuergeldern zu stützen, ist dagegen nach Ansicht von Detlev Besier „zynisch“.

Dass die Wirtschaft aber auch umdenken und sich ändern könne, das habe sich in der aktuellen Krise auch gezeigt, gibt Markus Pflüger zu bedenken. „So, wie Firmen es innerhalb kürzester Zeit geschafft haben, ihre Produktion auf Mundschutzmasken und Beatmungsgeräte umzustellen, wäre auch eine Umkehr beispielsweise der Rüstungsproduktion auf zivile Güter möglich und wegweisend“, betont der AGF-Sprecher. Eine solche Rüstungskonversion könnte dann auch beratend und finanziell vom Staat unterstützt werden. „Und eine verstärkte Produktion in Bereichen wie erneuerbare Energien, Klimaschutz und Gesundheit, das wäre dann eine Investition in wirklich systemrelevante und überlebenswichtige Bereiche“, ist er überzeugt.

18. Mai 2020/dj